

Deutschland.

□ Berlin, 9. April. Die mit Bezug auf die Erklärung des Grafen Bismarck im Reichstage gemachte Bemerkung der „Provincial-Correspondenz“, daß die Frage der Reformfreiheit für Preußen eine thatsächliche Erledigung finden und aus dem Bereiche der politischen Streitfrage verschwinden werde, ist von einigen Blättern als wenig genügend erachtet worden, da abzuwarten sei, ob das Herrenhaus nicht Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit machen werde. Dagegen ist zu bemerken, daß im Herrenhause auch bei den letzten Verhandlungen über den Kaiserlichen Antrag in Neben und Anträgen die Geneigtheit hervorgetreten ist, auf eine Erledigung dieser Angelegenheit, die den Wünschen des Hauses entspricht, einzugehen. Es wurde nur eben der Kaiserliche Antrag auf Verfassungs-Interpretation als nicht der geeignete Weg hierzu befunden. — Ein Berliner Korrespondent der „Wiener Debatte“ will wissen, daß zwischen dem Bundeskanzler Grafen Bismarck und den bündnerischen Kollegen sowie zwischen Preußen und den Bundesregierungen überhaupt ein mehrfacher Zwiespalt hervorgetreten sei und daß sich im Bundesrathe eine Opposition geltend mache, namentlich auch dagegen, daß die Vorlagen mit einer gewissen Dampfschwindigkeit erledigt werden. Die Mittheilung ist unwahr. Zwischen dem Bundespräsidenten, resp. dem Bundeskanzler und den Bundesregierungen, resp. den Mitgliedern des Bundesraths ist nicht die geringste Differenz hervorgetreten. Der Nachricht liegt offenbar eine Börsenspekulation zu Grunde. — Das „Pays roumain“ behauptet, daß der den Kammern in Bukarest vorgelegte Zudengeseh-Entwurf nicht von der (Rusischen) Opposition, sondern von der Regierungspartei ausgegangen sei. Von der „Revue de Roumanie“ wird durch Thatsachen dargelegt, daß dies eine Lüge ist. Auch haben die „Pays roumainen“ und seine Freunde dadurch, daß sie den Gesetzentwurf zuerst und zwar schon am 19. März veröffentlicht haben, bewiesen, wie sehr sie bei dieser Vorlage interessiert sind. — Die „Hann. Landesztg.“ bemerkt, daß die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten seit der Auflösung des Bundeslages und seit dem Prager Frieden chronisch geworden sei. Diese Einmischung Frankreichs ist nicht nur nicht chronisch geworden, sondern überhaupt niemals vorhanden gewesen, als in den Phantasien und Wünschen derjenigen Partei, der die Neugestaltung Deutschlands unangenehm ist. — Die „Sächsischen Zeitung“ hat in Bezug auf den in der „Times“ veröffentlichten Protest des Herzogs Karl von Braunschweig die Behauptung aufgestellt, daß derselbe ein Betrug der national-liberalen Partei sei. Etwas Abgeschmackteres als diese Insinuation kann es kaum geben. Herzog Karl hat bekanntlich schon früher Proteste gegen die ihm angeblich widerfahrte Vergewaltigung erlassen, den letzten Protest hat er besonders dagegen gerichtet, daß der König Georg sich im Besitz des Privatvermögens des Herzogs Karl befindet, von welchem Letzterer seit 40 Jahren nicht einmal Zinsen erhalten hat. Zu diesem Protest ist Herzog Karl jedenfalls durch die Nachricht veranlaßt worden, daß der jetzige Herzog von Braunschweig den Sohn des Königs Georg zum Nachfolger wünschen soll. Der Artikel der „Sächsischen Zeitung“ steht übrigens gleichlautend in der Wiener „Debatte“, woraus der Schluss zu ziehen ist, daß derselbe von Leipzig ausgegangen ist. — Der Kanzler von Jambur in Königsberg hat seine Versetzung in Ruhestand nachgesucht, den er nach langjährigen, treuen und ruhmreichen Diensten wohl verdient hat. — Um zu erfahren, welche Resultate durch die Herabsetzung des Briefpostens auf 1 Sgr. gewonnen worden sind, hatten die Postanstalten des norddeutschen Bundes den Aufsatstag erhalten, eine Zusammenstellung der Briefbeförderung in zehn Tagen des Monats November v. J. einer- und in zehn Tagen des Monats Februar d. J. andererseits zu veranstalten. Es hat sich bei dieser Vergleichung eine Vermehrung des Briefverkehrs um 4 pCt. ergeben. Diese Vermehrung erscheint nur gering. Dafür, daß sie nur gering ist, lassen sich verschiedene Gründe angeben. Zunächst ist in Betracht zu ziehen, daß die große Masse der Korrespondenz von der Portoherabsetzung nicht betroffen ist, da sich dieselbe in denjenigen kleinen Entfernungen bewegt, wo das Porto schon früher nicht mehr als 1 Sgr. betrug. Hierzu kommt, daß im Königreich Sachsen, im ehemaligen Turn- und Taxischen Postgebiet und in Mecklenburg für geringe Entfernungen früher ein Porto von weniger als 1 Sgr. bestand, und dort also durch die Einführung des Silbergroßentars eine Erhöhung des Portos für die betreffenden Entfernungen eingetreten ist. Endlich hat auch im Monat Januar, wo Jedermann die neu eingeführte Portoherabsetzung benutzen wollte, ein ungewöhnlich starker Briefverkehr stattgefunden. Einer solchen großen Korrespondenz-Thätigkeit folgt aber immer eine Reaktion, die denn auch im Februar eingetreten ist. Rechnet man die Zahl der Briefe ab, welche nach dem früheren Tarif nicht mehr als 1 Sgr. zu zahlen hatten, so ergiebt sich für den Rest eine Vermehrung von 10 pCt. Dieses Verhältniß steigert sich noch mehr für weitere Entfernungen. Die gegenseitige Korrespondenz zwischen dem norddeutschen Bunde, Süddeutschland, Oesterreich und Luxemburg, für welche der Silbergroßentars zur Geltung kommt, hat sich um 16 pCt. vermehrt. Gleichzeitig ist auch ermittelt worden, welche Wirkung die neue Bestimmung auf die Frankirung der Briefe ausgeübt haben. Während bisher nur ungefähr 66 pCt. der gesamten Korrespondenz frei gemacht wurde, so ist dieser Prozentsatz jetzt bis auf 95 gestiegen.

□ Berlin, 10. April. Sr. Maj. der König, die Königin, die Prinzen und Prinzessinnen der königlichen Familie, der Prinz August von Württemberg u. dergleichen, begaben sich gestern Vormittags 10½ Uhr zur Theilnahme an der vom General-Superintendenten Dr. Hoffmann unter Mitwirkung des königlichen Domchors abgehaltenen Abendgottesdienste in die Kapelle des Kronprinzenlichen Palais. Den übrigen Theil des Tages brachten die hohen Herrschaften in

Zurückgezogenheit zu und wohnten Abends 6 Uhr der liturgischen Andacht im Dome bei, in welcher der Domchor die liturgischen Gesänge ausführte.

— Im Hotel des auswärtigen Ministeriums wurde heute Nachmittag eine Staatsministerial-Sitzung abgehalten.

— Die „Z. C.“ schreibt: Mit dem Eingehen des Blattes „La Situation“ in Paris ist nicht gemeint, die Press-Agitation von hannoverscher Seite überhaupt einzustellen, sondern nur für die Zukunft nach anderen Orten zu verlegen. Man hält es, wie wir hören, für billiger und wirksamer, alle preussenselbstlichen Blätter in Deutschland zu subventioniren und wenn möglich eine immerhin aus allen möglichen Schattierungen gemischte preussenselbstliche Partei durch ganz Deutschland zu organisiren.

— Das Marineministerium hat den Bau einer gepanzerten gedeckten Korvette und einer ungepanzten Glattekorvette auf der R. Werft zu Danzig angeordnet.

— Aus Essen vom 8. d. berichtet die „Elb. Ztg.“: Bei der gestern vollzogenen engern Wahl zum Reichstage ist der Sozial-demokratische Kandidat Hasenclever erhielt etwa 3250 Stimmen, während auf Hrn. Devens etwa 3450 Stimmen fielen. In der Stadt Essen und Altenessien hat Herr Hasenclever eine starke Majorität erhalten (1857 Stimmen gegen 958); in Reckwig und den Landgemeinden stimmte die überwiegende Mehrheit der Wähler für Herrn Devens.

— Newyorker Nachrichten bestätigen, daß die dort domicilirte Lebensversicherung-Gesellschaft Germania die Konzession zum Geschäftsbetrieb in Preußen erhalten hat.

— Der Bericht der Bundeskommission über das Auswanderungswesen bringt die von dem Bundeskanzler acceptirte Idee in Vorschlag, in den Auswanderungsbahnen Schiffe der Bundesmarine als Wachtschiffe stationiren zu lassen und die Kommandanten der Schiffe zu Mitgliedern der Bundesbehörde zur Ueberwachung des Auswanderungswesens zu ernennen. Der Antrag liegt bekanntlich dem Bundesrathe seit Kurzem vor. Unterdessen ist das Wachtschiff, welches an der Elbe stationiren soll, bereits designirt, nämlich die Panzerfregatte „Prinz Adalbert“, welche in Gesehmünde zu dem bezeichneten Zwecke ausgerüstet wird. Wie verlautet, soll das Wachtschiff am 15. April seinen Posten einnehmen.

— Die Vorarbeiten zu der in Aussicht gestellten Vorlage, die Aufhebung der Schuldbast betreffend, sind der „Post. Ztg.“ zufolge jetzt so weit gediehen, daß die Einbringung derselben in den Bundesrat schon in dessen erster Sitzung nach Osnern wird erfolgen können. Da der Justizaußenminister des Bundesraths über die Frage bereits früher geäußert worden ist, so wird die Sache selbst im Bundesrathe zu keinen längeren Diskussionen mehr Veranlassung geben können, und also auch in der kürzesten Frist, um dann an den Reichstag zu gehen, ihre Erledigung finden. Die Handelskammern, welche über den Gegenstand der Vorlage ebenfalls gehört worden sind, besorgen von einer Aufhebung der Schuldbast keinerlei Nachtheile für den Handel. Die süddeutschen Staaten beabsichtigen, sobald der norddeutsche Bund mit der Aufhebung der Schuldbast vorangegangen, ohne Zögern auch ihrerseits auf dem gleichen Wege zu folgen, so daß die Rückwirkung, welche die Aufhebung der Schuldbast auf die allgemeine deutsche Wechselordnung haben wird, in ganz Deutschland genau dieselbe sein und durch diesen Umstand also dann auch die Rechtseinheit auf dem Gebiete der betreffenden Gesetzgebung für ganz Deutschland gewahrt bleiben wird.

— Der evangelische Verein der Gustav-Adolph-Stiftung wird, der „N. C. R.-Z.“ zufolge, seine diesjährige Hauptversammlung in Halberstadt halten. Eine Einladung der Stadt Altona ist deshalb abgelehnt worden, weil der Verein vor nicht zu langer Zeit in dem benachbarten Hamburg sein Hauptjahrestreffen gefeiert hat.

— Die vorläufigen Hauptresultate der Volkszählung vom 3. Dezember 1867 werden jetzt vom statistischen Bureau mitgetheilt. Danach beläuft sich die Bevölkerung des norddeutschen Bundes auf 29,894,857 Einwohner (Preußen allein 23,965,198), die der süddeutschen Staaten (inkl. Luxemburg, das noch zum Zollverein gehört) auf 8,802,487, im Ganzen hat also das deutsche Zollvereinsgebiet 38,697,344 Einwohner.

— Die in der Eröffnungsrede angekündigte Vorlage, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Bundesbeamten, ist dem Bundesrathe bis jetzt noch nicht zugegangen. Der Grund liegt, der „Staatsbe.-Ztg.“ zufolge, offenbar in der Schwierigkeit des Gegenstandes. In sämmtlichen Bundesstaaten sind die Verhältnisse der Beamten für die Beamten günstiger, als in Preußen, und daselbst gilt insbesondere auch von den bezüglichen früheren Bestimmungen in den mit der preussischen Monarchie vereinigten neuen Landestheilen. Schlechter aber kann man die Beamten hinsichtlich ihrer Pensionsverhältnisse nicht stellen, als sie bis jetzt gestellt waren; einen Unterschied machen zwischen solchen Beamten, die früher preussische Beamte waren, und zwischen solchen, die aus dem Dienste eines andern Bundesstaates in den Bundesdienst übergetreten sind, kann man aber auch nicht, und die Schwierigkeit, einen nach allen Seiten hin annehmbaren — die Verhältnisse der Bundesbeamten schließlich doch auch zu berücksichtigen — Mittel- und Durchschnittssatz zu finden, ist darum nicht gering. Ueber diese Schwierigkeit ist man in den bezüglichen Vorarbeiten, in der Hauptsache wenigstens, nun freilich bereits hinweggekommen, aber über eine andere Frage ist man bis jetzt noch nicht hinweggekommen. Es lautet: wer ist Bundesbeamter? Daß die Beamten des Bundeskanzleramtes, so wie die Beamten der Post- und der Telegraphen-Verwaltung Bundesbeamte sind, ist ungewiss; hinsichtlich der Beamten der Militär-Verwaltung schwankt die Meinung jedoch noch hin und her. Die Armer als solche ist freilich Bundesbeamter; aber es findet die Meinung ihre entschiedene Vertretung, daß dadurch das Aufhören einer speziell

„preussischen“ Militärverwaltung doch noch keineswegs vorgeschrieben, und daß ebenso wenig durch den Uebergang der alleinigen Verantwortlichkeit auf den Bundeskanzler (dem Reichstage gegenüber) das Vorhandensein eines preussischen Kriegs-Ministers, und folgerweise auch eines preussischen Kriegs-Ministeriums überflüssig geworden sei. So die Sachlage, wie sie in diesem Augenblicke liegt.

□ Aus dem südlichen Holstein. (Post.) Freiherr v. Zedlitz hat unser Land jetzt definitiv verlassen. Wohl selten dürfte es einen Beamten geben, der in einem ihm fremden Rayon mit solcher Festigkeit, Ruhe und Umsicht sich einzuordnen verstand als der Genannte. Denn es war buchstäblich ein Einarbeiten in die hiesigen Verhältnisse, dem sich Zedlitz unterziehen mußte. Der Krieg gegen Dänemark brachte ihn ins Land, das er in wilderster Parteilichkeit vorfand. Das Zusammenleben mit drei verschiedenen Civilkommissären Oesterreichs bildete einen Abschnitt in dem Wirken des Präsidenten, wo er nur Dornen auf seinem Wege fand und seine persönliche Unentbehrlichkeit ins heulige Licht treten mußte. Daß ihm möglich wurde, was unter den damaligen Verhältnissen schwerlich ein Anderer geleistet haben würde, das beweist die Thatsache, daß sich der blinde Parteilich an seine Person eigentlich nie herangewagt hat. Die administrative Routine, welche Zedlitz besaß, schlug jede Bosheit der Kritik zu Boden, und seine wohlwollende Besonnenheit erzwang sich die allgemeine Achtung und zwar schon zu einer Zeit, in welcher Herr Baron v. Scheel-Plessen noch zu den Gegnern der preussischen Politik zählte, wie sie sich jetzt zum Wohle der Nation entwickelt hat. Wir sehen daher Zedlitz nicht ohne ein wehmüthiges Gefühl zu empfinden scheiden. Denn Niemand verflücht sich der Thatsache, daß er der Arbeiter war, der den Acker urbar machte, auf welchem seinem Nachfolger Scheel-Plessen vielleicht Vorkeimern blühen. Zedlitz war niemals „populär“, aber eben so wenig „unpopulär“. Er erfüllte seine Pflicht als Beamter, als Mensch war er human und wohlwollend gegen Jedermann. Er nimmt die allgemeine Achtung des Landes mit sich, denn sein Wollen und sein Wirken blieb frei von persönlichem Egoismus. Er war der Pionier Preußens zu einer Zeit, als Mancher hinterm Ofen saß, Mancher im Augustenburger Lager lärmte, Mancher zwischen Eifer und Angst des Dämoniums „hohe Politik“ trieb und gemächlich den Tag von Alfen abwartete, um sich zu entscheiden und an der Ernte der Ueberläufer Theil zu nehmen, womöglich den „Löwenanteil“ zu erwischen. So viel steht fest, durch Zedlitz's Abgang ist eine Lücke in dem politischen Bewußtsein entstanden, welche Rang und Titel Anderer nicht ausfüllen, und diese Lücke ist nicht völlig schmerzlos. — Möge Freiherr v. Zedlitz auch in der Ferne noch zuweilen so herzlich an die guten wie schlimmen Tage zurück denken, die er mit uns durchlebt hat, wie wir und seiner mit aufrichtiger Hochachtung erinnern werden. Er hat seinem Könige und dem Vaterlande als ein grader deutscher Mann gedient und dies Bewußtsein muß sein schönster Lohn sein.

□ Leipzig, 9. April. Der Thüringer Korrespondent der „D. A. Z.“ meldet als zuverlässig, daß in Kürze einige Thüringische Kleinstaaten mit Preußen in Verhandlungen über einen Accessions-Vertrag treten werden.

□ München, 10. April. In einem Circular des Ministers des Innern an die Kreisregierungen wird der Standpunkt näher bezeichnet, welchen die Regierung zu dem ihrigen gemacht habe: Selbstständigkeit Baierns ohne Isolirung, jedoch auch ohne Eintritt in den norddeutschen Bund; locale Erfüllung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge; vertragmäßige Ordnung gemeinsamer deutscher Interessen; Volksbildung; Hebung des Wohlstandes; freiwillige Entwicklung und Stärkung der Widerstandskraft des Landes. Ferner wird in dem Circular gesagt, daß die Regierung bei voller Achtung vor der Freiheit der Ueberzeugung ihrer Beamten keine regierungsfeindlichen Agitationen von deren Seite dulden werde, die der jüngsten Vergangenheit angehörenden Konventionen jedoch auf sich beruhen lassen wolle.

□ Ausland. **Wien.** Ein weiterer Beschluß der in Prag versammelten Vertreter des deutsch-österreichischen Eisenbahnvereins regelt den direkten Verkehr für größere Sendungen derart, daß ebenfalls vom 1. Mai an Waaren, welche in einer Station geladen waren, ohne Umladung in denselben Waggons bis in die Bestimmungsstation auch auf fremden Bahnen versandt werden können, wie dies bereits die Staatsbahn-Gesellschaft seit neuerer Zeit bei den Gekreidetransporten durchgeführt hat. Auch wurde beschlossen, um bei dem in Folge des Nothstandes in Rußland voranschreitend zunehmenden Getreideexport einer Verkehrsbeschränkung vorzubeugen, die Getreidesendungen zu theilen und sie auch auf der bisher nicht benutzten Strecke über Odenberg zu expediren.

□ Triest, 9. April. Der österreichische Lloyd-Dampfer „Erekle“, welcher am 4. d. M. von Konstantinopel abgefahren ist, traf heute Mittag 1 Uhr mit der Levante-Post hier ein.

□ Triest, 9. April. Avantepost. Athen, 4. April. Die Telegraphenleitungen nach dem Peloponnes sind durchgeschnitten, so daß die Regierung ohne Nachrichten von dort ist.

□ Paris, 7. April. Obwohl seinen Augenblick daran zu zweifeln ist, daß die französische Regierung in der schlesischen Frage so genau dieselbe Linie mit der österreichischen Regierung einhält, wie in der orientalischen Frage, so thut man sich doch hier nicht wenig darauf zu gute, daß man in Wien Worte der Mäßigung gesprochen habe. Natürlich wird Herr von Ruyss die Rolle des Heißsporns nur zu dem Zweck zugeschoben, um in Berlin die Haltung Frankreichs als teppicht anerkennen zu lassen. Die Jünger von Cobenzl, die Wulter des Fürsten Kail, ist hierher gekommen, wie es heißt, um die Vermittlung der Zankhaken gegen die rumänische Regierung zu besorgen. Von ist einiger-

maßen betroffen, daß, trotz der Zusage in der neuesten Note der rumänischen Regierung, an mehreren Orten in diesem Lande wieder Judenaustrreibungen stattgefunden haben. — Der Kriegsminister, der so große Stütze auf den ungeheuren Kriegseifer der freiwilligen Scharfschützen gebalten hatte, sieht sich unangenehm enttäuscht. Statt sich zum Eintritt in die Nationalgarde zu drängen, protestieren die Scharfschützen der Vogesen und des Jura einstimmig. Ja die Epidemie des Widerwillens gegen die Einreihung in die Nationalgarde hat bereits auch den Süden ergriffen. Der Präsident der Schützengesellschaft von Marseille mußte in einer Zuschrift seine Ruffemen darüber beruhigen, daß sie in ihrem unschuldigen Waffenspiel nicht durch ernsthafte, militärische Übungen gestört werden sollen. Die Gerüchte über eine Erkrankung des Kronprinzen scheinen stark zu übertrieben. Man kann den Prinzen täglich im Freien spazieren gehen und spielen sehen. Thatsache ist allerdings, daß die Ärzte empfohlen haben, denselben nach seiner ersten Kommunion an die Küste zu schicken, um ihn die Seeluft einathmen zu lassen.

Paris, 9. April. Der Kaiser hat auf Ansuchen des Gouverneurs von Algier, des Marschall Mac Mahon, aus der Kaiserlichen Stammschäferei zu Rambouillet mehrere Böde und Mutter-schafe nach Algier zur Hebung der Schafzucht abgehen lassen. Die Rambouillet-Schäferei, etwa 1 1/2 Meilen von Versailles, veranlaßt ihre Entstehung einem Geschenk Spaniens an Louis XVI. und züchtet bereits gegen 80 Jahre die bekannten, auch in Deutschland in der letzten Zeit auf- und in Mode gekommenen großen Thiere in reinem Blut. Die dortige Verwaltung besteht aus dem Söge, daß sie die einzige Original-Rambouillet-Zucht repräsentiere. Bei einem Besuch, den ich vor etwa 14 Tagen dort machte, fand ich deutsche Käufer (aus Sachsen), sowie auch früher verkaufte Thiere, die nach der Provinz Posen (Graf Wengerski) abgingen. Die sonst verbreitete Meinung, daß keine Thiere verkauft würden, ist daher unrichtig; die Herde hat nur einen reservierten Theil, aus welchem nur der alte Abgang verkauft wird. Aus dem nicht reservierten Theile findet Verkauf nach Belieben statt. Die für Algier bestimmten Thiere fanden auch den ungetheilten Beifall der deutschen Kenner. Uebrigens war man der Ansicht, daß man es in Pommern und Mecklenburg in der übertragenen Rambouillet-Zucht bereits zu größeren Figuren gebracht habe, als in Rambouillet selbst. Auch aus französischen Privatheerden findet ein lebhafter Verkauf an deutsche Züchter statt.

Paris, 9. April. Der „Etenbard“ dementirt das Gerücht, daß gewisse Mächte an Frankreich das Verlangen einer theilweisen Entwaffnung gestellt hätten. — Die „Patrie“ zählt große Befestigungsarbeiten auf, die Preußen in den Festungen der Herzogthümer vorgenommen habe. — Die „Presse“ sagt, daß die Hauptfrage in Betreff der Erhaltung des Friedens von den überwiegenden Rüstungen Preußens herrühre und fragt, warum man nicht Preußen auffordere, seine Militärmacht auf den Friedensfuß zurückzuführen. — Die Nachricht von einer beabsichtigten Reise der Kaiserin nach Rom wird demittirt.

Paris, 9. April. Der dänische Kriegsminister Generalmajor v. Raasbüll machte gestern dem Marschall Niel einen Besuch und besuchte alsdann das Artilleriemuseum. Derselbe wird sich von hier demnächst nach London begeben.

Florenz, 6. April. In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. April wurden die beiden letzten Artikel des Wahlgesetzes angenommen. General Lamarmora sprach, mit Beziehung auf die neulich ausgesprochenen Bemerkungen des Abg. Bizio, über die Streikkräfte der Armee und deren Organisation und kam zu dem Schluß, daß, da alle fremden Mächte ihre Armeen auf den Friedensfuß gestellt hätten, auch Italien seine Streitmacht einschränken müsse. Der Kriegsminister General Bixio-Biale gab darauf einige Erklärungen über die beabsichtigte Reduktion der Armee. Die Kammer vertrat sich darauf bis zum 16. April.

Der Ministerpräsident Menabrea ist nach Turin abgereist, um in der Nähe des Königs zu sein. — Einige Blätter melden, daß Garibaldi den Entschluß gefaßt habe, Caprera zu verlassen und sich nach Sizilien zu begeben, um sich der lästigen Aufsicht zu entziehen, welcher er auf jener Insel von Seite der Regierungsbehörden unterworfen sei; noch jüngst soll die militärische und politische Garnison auf der Insel Maddalena zum Zweck der Ueberwachung Capreras verstärkt worden sein. Mit dem Erscheinen Garibaldi's in Sizilien werden Aufstandespläne in Verbindung gesetzt, zu denen die Einführung der Wahlsteuer Anlaß geben soll. Diese Gerüchte scheinen zwar wenig gegründet, man darf jedoch nicht außer Acht lassen, daß die extremen Parteien jetzt sehr thätig sind und nicht unterlassen werden, jene Streuer für ihre Pläne auszubenten, und zwar um so mehr, als nach ihrer Ansicht die Dinge in Frankreich nicht mehr so fest zu stehen scheinen, wie dies bisher der Fall war.

Stockholm, 9. April. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Wadenskjöld, der Finanzminister Freiherr v. Ugglas, der Kriegsminister Generalmajor Abelin, so wie der Minister des Innern v. Lagerström haben ihre Demission eingebracht; der König hat dieselbe bis jetzt noch nicht angenommen.

Bukarest, 9. April. Die Deputirtenkammer nahm das Herrensorganisationsgesetz en bloc an, genehmigte das Budget von 1867 auch für das Jahr 1868 mit dem für das Kriegsministerium geforderten Zuschlag von 5 1/2 Millionen Francs und vertrat sich darauf bis zum 2. Mai. Brattiano und Rantafuzeno sind von ihren Missionen aus Paris resp. Petersburg zurückgekehrt. — Der amtliche „Monitorul“ erklärt, es hätten keine Judenverfolgungen in Baku stattgefunden, wie absichtlich verbreitet worden.

Konstantinopel, 4. April. Gerüchtweise verlautet, daß Aristides Battagzi zum Minister ernannt sei.

Konstantinopel, 7. April. Die Ankunft des russischen Gesandten wird am Donnerstag via Varna erwartet. — Der Bagiam geht heute zu Ende. — Der neue Seraskier Rampl Pascha wird demnächst von Alexandretta eintreffen, von wo er durch einen Regierungsdampfer abgeholt wird.

Alexandria, 9. April. Aus Abyssinien wird gemeldet, daß Sir Robert Napier den Ort Lal (westlich vom See Aschangi auf dem Plateau von Bomberut) am 21. März besetzte und am 2. April Magdala zu erreichen hoffte. Theodoros befindet sich mit den Gefangenen, mit 26 Kanonen und 5000 Musketieren zu Magdala, sich auf die Belagerung vorbereitend.

Washington, 9. April. Die Anklage-Verhandlung gegen

den Präsidenten Johnson wurde heute im Ernald-Gerichtshof wieder aufgenommen. Curlls eröffnete die Verteidigung, indem er die Anwendbarkeit des Amtsbefehlungs-Gesetzes auf die Absetzung Stanton's in Abrede stellte.

Pommern.

Stettin, 11. April. In der letzten Versammlung des hiesigen „Konsum- und Sparvereins“ war vom Vorstande bereits angedeutet, daß die Theilnahme an dem Verein in Gradow in neuester Zeit in Folge gegen denselben angezettelter gehässiger Intriguen eine besonders laue geworden sei, weshalb, um der Sache einen neuen Aufschwung zu geben, dort eine besondere Versammlung der Gradower Mitglieder abgehalten werden solle. Diese Versammlung fand nun vorgestern Abend im Liebreich'schen Lokale statt. In derselben hielt Herr Georgi zunächst eine Ansprache, worin er, auf die schnellen Erfolge des Vereins hinweisend, aufforderte, sich durch die erwähnten Anfeindungen von der Theilnahme am Verein nicht abhalten zu lassen. Letzteren werde der Verein stets eine anständige Konkurrenz entgegen setzen und seien nach den getroffenen Änderungen in Bezug auf den Einkauf und Verkauf der Waaren künftig auch noch günstigere Erfolge als bisher zu erwarten. Jedes Mitglied möge vorzugsweise daran denken, daß der Verein auch ein Sparverein sei und deshalb die Dividende des augenblicklichen Vorteils wegen, sobald die statutenmäßige Einzahlung von 10 Thlr. erfolgt, nicht immer abheben, sondern vielmehr der Vereinskasse belassen. Es werde dadurch ein doppelter Zweck erreicht, der der Ersparniß und der der Vermehrung des Betriebskapitals. Die Kasse mache dann größere, also auch billigere Einkäufe möglich, wodurch wiederum die Dividende wachse. Es sei Pflicht eines jeden Mitgliedes und liege in seinem Interesse, seine Bedürfnisse aus dem Verein, resp. von dessen Lieferanten, zu entnehmen; leider aber werde diese Pflicht bis jetzt nur von einem Theile der Mitglieder erfüllt, es würden sonst die Erfolge des Vereins weit größer sein. — Hierauf wiederholte Herr D. Schmidt seinen bereits in der letzten Versammlung gehaltenen Vortrag über die Entstehung und Ausdehnung der Genossenschaften nach den Schulze-Delph'schen Prinzipien, an dem sich im Laufe der allgemeinen Diskussion mancherlei Rückfragen und Erläuterungen knüpften. Unter Anderem wurde auch darauf hingewiesen, daß Jeder durch das Stehenlassen seiner Dividende bei längerer Mitgliedschaft für die Seinigen einen Fonds ansammeln, der ihm unter keinen Umständen verloren gehen könne, wie dies für diejenigen, welche so zu sagen aus der Hand in den Mund lebten, in Zeiten der Noth und bei Lebensveränderungen so häufig der Fall sei. Diesem Argument wurde entgegen gehalten, daß eine Lebensversicherung dennoch um deshalb vorzuziehen sei, weil sie selbst in kürzester Frist den Nachbleibenden eine bestimmte Summe sichere. Man solle deshalb in Zeiten der Noth seine beim Verein stehende Dividende zur Deckung der Lebensversicherungsprämien verwenden. — Das Resultat der Versammlung war allgemein befriedigend, und sprach sich der Wunsch nach einer baldigen neuen derartigen Zusammenkunft mehrfach aus.

In Nr. 166 (Abend-Ausgabe vom 7. April) begleitet die Redaktion der „Neuen Stettiner Zeitung“ die Mittheilung, daß dem Rechtsanwalt Meyen in Berlin endlich die Erlaubniß zur Uebernahme der Funktionen eines Stadtverordneten erteilt sei, mit folgendem Ausrufe der Entrüstung: „Ist es nicht eine der schrecklichsten Ausgeburt des bürokratischen Staates, daß ein freier, in angesehenen Stellung befindlicher Mann wie ein unmündiger Schulbube die Erlaubniß nachsuchen muß, seine ersten bürgerlichen Pflichten zu erfüllen?“ Wir haben eben gelesen, daß die Redaktion der „Neuen Stettiner Zeitung“ ihrer Entrüstung darüber, daß die Wahlbedingungen der hiesigen Stadtverordneten dem neugewählten Oberbürgermeister die gleiche Beschränkung in Bezug auf die Erfüllung der ersten bürgerlichen Pflichten, nämlich das Volk im Landtage zu vertreten, auferlegen, Ausdruck gegeben hätte. Im Gegentheil, in Nr. 165 (dem Morgenblatt vom selben Tage) findet sich ein langer Leit-Artikel über das Unberechtigthe des Verlangens der königlichen Regierung nach Aufhebung dieser Bedingung. Das nennt man Fortschrittliberal sein. Si duo faciat idem, non est idem. Der Staatsgewalt ist so etwas nicht erlaubt, das ist eine der schrecklichsten Ausgeburt des bürokratischen Staates, aber den Stadtverordneten, ja, das ist etwas ganz Anderes!

Nach mit dem Dampfer „Orpheus“ hier eingetroffenen Nachrichten herrscht in Stockholm eine solche Theuerung, daß dort der Scheffel Kartoffeln 2 1/2 Thlr., das Pfund Roggenbrod 3 3/4 Sgr. kostet.

In der Nacht zum 9. d. M. brannte ein am Ende des Dorfes Boed gelegenes, von drei Familien bewohntes Haus total nieder. Eilich kam eine Bewohnerin, die 72jährige Wittve Köppen, welche zu lange in dem brennenden Gebäude verweilte, in den Flammen um; auch die übrigen Insassen des Hauses retteten kaum mehr als das nackte Leben.

Die hiesige königliche Regierung hat unterm v. M. nachstehende Bekanntmachung erlassen: Seit einigen Jahren findet sich in der Provinz Pommern und insbesondere auch in dem diesseitigen Regierungsbezirk, namentlich in Krefeldern, ein als Wucherpflanze schädliches Unkraut, welches bei seinem raschen Wachsthum und seiner Größe das Gedeihen der Saaten verhindert und überdies den Nachtheil mit sich bringt, daß das Vieh das Futter verweigert, in welchem die Pflanze enthalten ist. Die Pflanze, von Botanikern als Senecio vernalis erkannt und in die Familie der Compositae gehörig ist dem sogenannten Jakobskraut (Senecio Jacobaea), welches man auf trockenen Weiden anzutreffen pflegt, sowohl in Bezug auf Größe des ganzen Gewächses, als besonders der Blumen (Anthodien) sehr ähnlich. Die spindelförmige Wurzel der Pflanze treibt zahlreiche verästelte Stämme, die oben mit ihren vielen gelben Blumen (Anthodien) ziemlich in einer Ebene endigen, so jedoch, daß die untern Äste länger, die obern kürzer sind. Die Blätter haben ein saftiges Ansehen, ähnlich denen der Rüben. Die Pflanze ist einjährig, von kräftigem Wuchs, wird bis zwei Fuß hoch und besitzt eine außerordentliche Vermehrungsfähigkeit. Ihre Früchte, die in großer Menge aus einer Blume (Anthodie) entstehen, haben Federkronen (ähnlich wie bei dem sogenannten Löwenzahn), durch welche sie bei bewegter Luft weit fortgeschleudert werden. Es ist den Grundbesitzern dringend zu raten, die beschriebene Wucherpflanze rechtzeitig, spätestens zur Blüthezeit

im Monat Mai bis Anfang Juni, auszurotten und zwar möglichst so, daß zur Verhinderung des Heraudwachsens neuer Stämme und neuer Samenbildung die Wurzeln mit ausgerissen werden. Je falls aber sind die Pflanzen rechtzeitig abzumähen. Die gesammelten Pflanzen müssen sodann einge-raben oder anderweit vernichtet werden, da die Blüthen selbst in den ausgerissenen Pflanzen noch reifen.“

Der Lörpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. April bis ultimo September c. auf 1 Sgr. 10 Pf. festgesetzt.

Die Konhänder Gebr. Ferdinand und Wilhelm Stange und der Arbeitsmann Johann Neßlaff zu Greifenhagen haben am 21. Dezember v. J. einen zwölfjährigen Knaben, welcher durch das Eis des Regligstroms eingebrochen war, ebenso haben der Pötkner Friedrich Meinde und der Matrose Robert Schröder zu Neuwarp am 28. Januar eine durch das Eis des dortigen Sees eingebrochene Person mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet, wofür jedem der Gebrüder Stange die Erinnerungs-Medaille für Rettung aus Gefahr verliehen, dem Neßlaff, Meinde und Schröder aber je eine Geldprämie bewilligt worden ist.

Vom 15. April c. ab gehen folgende Postkasten resp. Etablissements, und zwar: a) zum Bestellbezirk von Pommernsdorf gehörig: (Häuser an der) Berliner Chaussee, Eurow, Dammhaus, Gültow, Gültow, Hohenjahren, Jungfernberg, M.-Reinendorf, Marienhof, Niebergahden, Piepenwerder (Neptunsmühle) und Priplow, b) zum Bestellbezirk von Neutornow gehörig: Ludwigs-lust, Mandelfow, Möhringen, Prilupp, Schadeleben, Schune, Schwarzow, Stöben und Wendorf, auf den Landbestellbezirk des Postamts in Stettin über.

Die erledigte Kreiswundarztsstelle des Kreises Regenwalbe ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten dem Wundarzt I. Klasse und Geburtshelfer Albert Salfeld mit Belassung seines Wohnsitzes in Plathe ver-liehen.

Der forstverorgungsberechtigte Jäger Bauer ist vom 1. Juli d. J. ab als Forstpolizei-Sergeant für den Polizeibezirk der Stadt Stettin in Stelle des auf sein Ansuchen versetzten Forstpolizei-Sergeanten Wendt bestellt worden.

Die Telegraphisten Kunau und Brand hier, Schö-nfeld in Stargard, Laap in Anclam und Schmod in Swine-münde sind zu Ober-Telegraphisten, die Telegraphen-Kandidaten Hendel und Hermes hieselbst zu Telegraphisten ernannt.

Der Pastor Ritsch, bisher in Elbow, Synode Colbath, ist zum Pastor in Marienthal, Synode Bohn, ernannt und in sein neues Pfarramt eingeführt.

Personal-Veränderungen bei der königl. General-Kommission für Pommern in Stargard: 1) Der Spezial-Kommissarius, Gerichts-Assessor a. D. Stoeckel hieselbst ist zum Regierungs-Assessor ernannt worden. 2) Der Rittergutsbesitzer Neißke zu Bonowitz ist als Kreis-Verordneter des Lauenburger Kreises ver-eidet und bestätigt.

Der Kreisgerichts-Rath Wex zu Greifenhagen ist zum Appellationsgerichts-Rath in Hamm und der Justizkurator Lude-wig hieselbst zum Appellationsgerichts-Referendarius befördert, der Kreisrichter Franz zu Naugard zum Rechtsanwalt und Notar bei dem Kreisgericht zu Solbin, mit dem Wohnsitz in Berlinchen ernannt und der Gerichts-Assessor v. Heyden zu Demmin ent-lassen.

Der Hauptlehrer Springborn zu Grünhof ist als Schiedsmann des 18. Stadtbezirks verpflichtet. Substitut desselben ist der Hauptlehrer Krüger zu Torney.

Cammin, 9. April. Heute Nachmittag, als mehrere hundert Leute zur Beichte im Dom versammelt waren, rannte ein geistiggestörter Mensch unter lautem Geschrei, ein Kreuzifix in der Hand, den großen Mittelgang entlang gerade auf den am Altar stehenden und die Beichtrede haltenden Geistlichen los. Nachdem man den wildstrebenden und schreienden Menschen zur Kirche hinaus gebracht hatte, sammelten sich die aufgeregten und erschüt-terten Kommunikanten wieder und die Beichte nahm ihren Fortgang.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. April. Witterung: stürmisch, leichter Schneefall. Temperatur + 3° R. Wind: NO.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. märker 104—106 $\frac{1}{2}$ bez., geringer 100—103 $\frac{1}{2}$ bez., ungarischer 90—103 $\frac{1}{2}$ bez., bunter 100—104 $\frac{1}{2}$ bez., weißer 106—112 $\frac{1}{2}$ bez., 83—85 Pfd. gelber Frühjahr 104, 104 1/2, 1/4 $\frac{1}{2}$ bez., Br. u. Ob., Mai-Juni 103 1/2, 1/4 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juni-Juli 103 $\frac{1}{2}$ bez.

Roggen gefragt, pr. 2000 Pfd. loco 71—75 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., 81 Pfd. Garantie 76 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 73 1/2, 74 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Mai-Juni 73 1/2, 74 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juni 74 1/2, $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 72 1/2, 1/4 $\frac{1}{2}$ bez., 1/2 Br., 72 Ob., Juli-August 65 1/2 $\frac{1}{2}$ Ob., 66 Br., Sept.-Oktober 60 1/2 $\frac{1}{2}$ Br.

Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco 53 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., schlesische u. märkische 54—55 $\frac{1}{2}$ bez.

Safer unverändert, per 1300 Pfd. loco 36 1/2—37 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Früh-jahr 47—50 Pfd. 37 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 37 1/2 $\frac{1}{2}$ Br.

Erbsen Futter- 66—69 $\frac{1}{2}$ bez.

Leinsaat Bernauer 13 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob.

Lupinen gelbe 39—42 $\frac{1}{2}$ nach Qualität bez.

Rapfluchen Preussischer fremde frei Bahn 1 $\frac{1}{2}$ 28 $\frac{1}{2}$ bez.

Petroleum loco 6 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Sept.-Okt. 6 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

Rüböl fester, loco 10 1/2 $\frac{1}{2}$ Br., April-Mai 10 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai 10 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 10 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob., September-Oktober 10 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob.

Spiritus fester, loco ohne Faß 20 1/2, 1/4 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 20 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Ob., Mai-Juni 20 1/2, 1/4 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob., Juni-Juli 20 1/2 $\frac{1}{2}$ Ob., Juli-August 20 $\frac{1}{2}$ Ob.

Angemeldet: 300 Wapl. Weizen, 300 Wapl. Roggen, 400 Centner Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 104 1/2, Roggen 72 1/2, Rüböl 10 1/2, Spiritus 20 1/2.

Landmarkt.

Weizen 98—105 $\frac{1}{2}$ bez., Roggen 70—74 $\frac{1}{2}$ bez., Gerste 50—54 $\frac{1}{2}$ bez., Erbsen 68—74 $\frac{1}{2}$ pr. 25 Scheffel, Safer 36—39 $\frac{1}{2}$ pr. 25 Scheffel, Stroh pr. Schock 7—8 $\frac{1}{2}$ pr. Ctr. 15—25 $\frac{1}{2}$ pr.

Berlin, 11. April, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staats-Schul-scheine 84 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136 1/2 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93 1/2 bez. Dessler. National-Anleihe 53 1/2 bez. Bonn. Pfandbriefe 85 1/2 bez. Ober-Schlesische Eisenbahn-Aktien 186 bez. Wien 2 Mt. 86 1/2 bez. London 3 Mt. 6. 24 1/2 bez. Paris 2 Mt. 81 1/2 bez. Hamburg 2 Mt. 151 1/2 bez. Mecklen-burger Eisenbahn-Aktien 74 1/2 bez. Dessler. Banknoten 87 1/2 bez. Russ. Banknoten 83 1/2 bez. Amerikaner 6 % 76 1/2 bez.

Weizen pr. April-Mai 93 1/2, 1/4 bez. Roggen pr. April-Mai 74 1/2, 74 bez., Mai-Juni 73, 73 1/2 bez., Juni-Juli 72 bez., 71 1/2 Ob. Rüböl loco 10 1/2 bez., April-Mai 10 1/2, 1/2 bez., September-Oktober 10 1/2 bez. Spiritus loco 20 1/2 bez., April-Mai 20 1/2 bez., 20 1/2 Ob., Mai-Juni 20 1/2, 1/4 bez., Juni-Juli 20 1/2, 1/4 bez.